

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

NICHT ZULETZT DIE FINANZKRISE ZEIGT: WAHLTAG IST ZAHLTAG – FÜR DIE ARBEITENDEN MENSCHEN

Schneller als den Etablierten in Wirtschaft und Politik – egal ob in der Regierung(sbildung) oder in der Opposition – lieb ist, hat sich gezeigt, was dieser Spruch wirklich bedeutet. Wir, die arbeitenden Menschen sollen wieder zahlen – für alles und jedes.

Es hat dazu nicht der jetzigen „Finanzmarktkrise“ bedurft, aber diese zeigt deutlich, wozu das ganze Wirtschaften heute dient – der Profitmehrung auf Teufel komm heraus, das heißt im konkreten Fall durch Spekulationsgeschäfte mit allem und mit jedem. Und wenn es dann schief geht, müssen die arbeitenden Menschen wieder dafür aufkommen: Der „Staat“, also wir, ohne gefragt worden zu sein, garantiert das Überleben dieser Finanzmarodeure, durch aberwitzige, unvorstellbar hohe Milliardenbeträge, während für uns angeblich kein Geld da sei. Und während etwa in den USA 700 Milliarden Dollar in den zusammenbrechenden Bankensektor gepumpt werden, schanzten sich die Direktoren der betroffenen Institute noch 70 Milliarden an Gagen und Prämien zu für ihr „erfolgreiches“ Tun im letzten Jahr – was wie sich jetzt weltweit herausstellte – auf so genannten faulen Krediten aufbaute. Die jetzigen „Stützungsaktionen“, die bis dato weltweit rund 7.000 Milliarden Euro und noch mehr ausmachen werden,

werden zu Inflation und Rezession führen und so erst recht nur die Armen durch Arbeitslosigkeit und Teuerung treffen und die Reichen stützen und schützen, die ihre „Geschäfte“ vorerst ungehindert und vielleicht in Zukunft etwas eingeschränkt profitabel fortführen dürfen. Die Folgen für uns: noch mehr Krise, noch mehr Kriege!

DIE KRISE IST KEIN AUSRUTSCHER

Dass das ganze Kartenhaus jetzt einstürzt, das ist kein Ausrutscher, keine Schuld von ein „paar schwarzen Schafen“, sondern das ist der vorläufige Höhepunkt eines Wirtschafts- und Finanzsystems, das im Allgemeinen auf Profitmaximierung setzt: „normal“, das heißt in der Realwirtschaft, durch die einseitige Aneignung der Wertschöpfung der arbeitenden Menschen durch einige Wenige. Und weil im Kapitalismus eben nicht der Mensch, sondern der „Mammon“, sprich das Geld(machen) das oberste Prinzip ist, wird mit dem von den Menschen erwirtschafteten Geld wiederum noch mehr Geld gemacht – über die Banken, Versicherungen und Börsen und ihre vielfältigen Produkte. Liebevoll „Börsianer“ genannt, spekulieren, pardon handeln, dabei quer über den Globus in Sekundenschnelle alles was möglich und auch unmöglich ist, sprich so genannte „Finanzprodukte“. Die wurden dazu erfunden, um noch mehr

Profit herauszuholen aus dem Geld, dem keine reale Deckung gegenüber steht.

UND IN ÖSTERREICH?

Um noch mehr Geld in den Spekulationskreislauf hinein zu pumpen, wurde in den letzten Jahren auch bei uns alles daran gesetzt, dass die arbeitenden Menschen ihr Erarbeitetes in Aktien und sonstigen Börseprodukten anlegen. Versprochen wurden hohe Renditen. Im Gegenzug wurden staatlich bzw. solidarisch abgesicherte Pensions- und Versicherungsfonds schlecht gemacht und ausgehungert, dafür aber Pensions- und Versicherungsprodukte privater Unternehmen staatlich gefördert und medial hochgejubelt. Der Staat sei pfui, privat sei hui, wurde da die Propagandatrommel gerührt.

Da wurde uns jahrelang einge-redet, es sei kein Geld da für Löhne, Gehälter, Pensionen, Gesundheit und Ausbildung der arbeitenden Menschen. Das so genannte notwendige „Nulldefizit“ der Herren Grasser & Co. – das selbst als solches durch Ausgliederungen von Finanzposten wie der ÖBB aus dem Budget – „getürkt“ war, wurde dafür bemüht. In Wirklichkeit war es aber die Umverteilung von unten nach oben, die rasant zunahm und für die arbeitenden Menschen Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitsstress, neue Armut und zuletzt horrend steigende Preise hinterließ.

Aber nicht genug damit, jetzt gibt es zur „Rettung“ der Banken allein bei uns eine 100 Milliarden-

aus: Kronen Zeitung
10.10.2008



Haftung der Republik Österreich für die Herren Nadelstreif-Spekulanten. Das ist im Verhältnis doppelt so viel wie in Deutschland. Welche Finanzleichen da noch im Keller österreichischer Banken und Versicherungen liegen, die wir arbeitende Menschen dann tragen sollen, kann man sich wahrscheinlich gar nicht vorstellen.

Und selbst in dieser Krise zeigt sich noch einmal: nicht die „Kleinen“ verschärfen die Krise weiter oder sind daran Schuld, wie das in den USA den kleinen Häuselbauern angehängt wurde, nachdem man ihnen die faulen Kredite umgehängt hatte – sie arbeiten brav weiter, schnallen weiter den Gürtel enger. Die eh schon Reichen hingegen bedienen sich gleich direkt beim Staat, wie der de facto Konkurs der Privatbank der Reichen, der Constanzia Bank, zeigt, die voll in der Immobilienkrise mit drinnen steckt und von der die Reichen ihr Geld so schnell abgezogen, dass sie keine flüssige Mittel mehr hatte.

„Das Geld verschwindet nicht Frau Rat, sondern es hat nur wer anderer“ hat einer im BAWAG-Prozess ausgesagt und damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Wenn jetzt auch bei uns nach der BAWAG weitere Banken wegen Finanzspekulationen in ärgste Schwierigkeiten kommen, dann haben deren Aktionäre ja schon die Jahre davor die Gewinne daraus abgeschöpft. Und außer dem Herren Elsner gehen die anderen ehrenwerten Herren, die genauso handelten wie der Neo-Häftling frei spazieren und kassieren Millionengagen für ihr Bankroteurmentum.

WAS TUT DIE ALTE, WAS WILL DIE NEUE REGIERUNG?

Also, die alte Regierung wurde eindeutig abgewählt. Da hatte man im Wahlkampf den Eindruck, die SPÖ hätte gar nicht den Kanzler gestellt. Tatsächlich blockierte die ÖVP alles und die SPÖ war um den Erhalt ihrer Regierungsposten willen bereit alles herzugeben. Faymann versuchte dadurch zu punkten, dass er seine 5 Punkte einbrachte. So mussten auch FPÖ und BZÖ zum Teil eine „soziale“ Mine machen, um beim Wähler anzukommen. Gut, dass wenigstens das we-

gen der bevorstehenden Wahl für die Menschen heraus kam als gar nichts. Aber wie sagte Faymann nach dem Durchbringen von 4 seiner 5 Punkte: Wir machen das diesmal anders. Wir verwirklichen schon vor der Wahl unsere Versprechen. Gut. Gut? Das heißt ja soviel, dass es nach der Wahl eben für die Menschen nichts mehr gibt, außer: Gesundheitsreform, Pensionsreform usw. Und als gelernter Österreicher weiß man, was „Reform“ bedeutet – eine weitere Verschlechterung. Und da war die Finanzkrise noch gar nicht akut

Die Gewinne von FPÖ und BZÖ sind die Schwäche der alten Regierung: die ÖVP wurde für ihr Blockieren, die SPÖ für den Bruch ihrer Wahlversprechen abgestraft. Beide sind dafür verantwortlich, dass sich die rechten Parteien jetzt als Sieger präsentieren können, obwohl sie vor allem Proteststimmen ernteten und die Nichtwähler die größte „Partei“ ausmachen. FPÖ und BZÖ werden sich keine Sekunde lang darum scheren, was die Protestwähler wollen, sondern mit den Wählerstimmen machen was sie wollen, ihre ausländerfeindliche, scheinbar österreichfreundliche aber jedenfalls industriefreundliche Politik. Denn sowohl mit den Regierungsparteien als auch mit FPÖ und BZÖ hat die Industriellenvereinigung, wie es deren Generalsekretär ausdrückte, „Projekte“ laufen.

Und noch eines ist in den letzten Jahren zu bemerken: Alle Parteien rücken nach rechts. Die zunehmende arbeitnehmerfeindliche Politik der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass die FPÖ groß geworden ist. Damals hat man die Wähler dafür verantwortlich gemacht, die vor allem enttäuscht von der SPÖ weggegangen sind und gemeint, dass wegen der rechten Wähler die FPÖ so erfolgreich sei. In Wirklichkeit haben damals die SPÖ-Granden so von ihrer eigenen Schuld am Großwerden der FPÖ abgelenkt. Sie waren zwar gegen die FPÖ, haben ihr aber durch das Koalieren mit der FPÖ (Sinowatz-Steger), den scheinbar weisen Ausverkauf von Neutralität und der Verstaatlichten, den EU-Beitritt usw. die Wähler zugetrieben. Den Verschleiß von FPÖ/BZÖ und ÖVP in deren Koalitionen hat

die SPÖ-Führung weder in der Opposition, und erst recht nicht nach der Wahl 2006 genutzt. Statt dessen hat sich die SPÖ an die ÖVP gekettet und – in der Hoffnung so bei der Wirtschaft und den Medien Unterstützung zu haben – alles durchgedrückt was das (EU-) Kapital wollte: u. a. Eurofighter, Studiengebühren, Abschaffung der Erbschaftsteuer, noch mehr Privilegien für Stiftungen oder zuletzt auch noch den AUA-Verkauf. Alles ein gefundenes Fressen für die deklarierten Rechtsparteien FPÖ + BZÖ, die gegen alles und für alles sein konnten, ohne den Wahrheitsbeweis auch nur annähernd antreten zu müssen, oder wie in Kärnten alles auf Schulden zu finanzieren.

Anstatt den waschechten Rechten à la Strache, Hofer, Westenthaler, Petzner usw. eine wirkliche linke Politik für die Arbeitenden entgegenzusetzen wird jetzt zwar richtig gesagt, dass der Wählerzuwachs keine Rechten, sondern reine Protestwähler sind, gleichzeitig werden aber die FP/BZÖ-Herren als Demokraten hingestellt, mit denen man zwar derzeit (noch?) nicht koalieren aber im Parlament zusammenarbeiten könne. So zum Beispiel einen FP-Repräsentanten zum dritten Nationalratspräsidenten wählen könne – was früher noch zu Proteststürmen geführt hätte.

Jetzt sind wir bereits soweit, dass der Tod Haiders medial und von den Republiksspitzen abwärts dazu genutzt wird, eine rechte Ikonie zu erzeugen, rechte Politik noch hoffähiger zu machen und „als nicht so schlimm“ hinzustellen.

WAS BLEIBT

In der gegenwärtigen Finanz- und Bankenkrise sind sich alle Oberen einig, den Banken muss geholfen werden – wieviel man mit den Milliarden für die Menschen tun könnte, thematisiert keiner wirklich. So halten sich alle Parteien an den von Leitl und der Wirtschaft ausgegebenen Leitspruch der – wie ja gerade die Finanzkrise zeigt – für die arbeitenden Menschen ins Unglück führt: Geht's der Wirtschaft (Banken) gut, geht's den Menschen gut.“ In Wirklichkeit geht's den Menschen immer schlechter damit's der Wirtschaft, sprich dem Profitemache(r)n, gut geht.

Fortsetzung auf Seite 7

30 Jahre NEIN zu Zwentendorf 30 Jahre klug voraus gedacht!



KUNDGEBUNG

Mittwoch 5. November 2008, 17.00 Uhr
Stock im Eisen Platz/Stephansplatz 1010 Wien

Das NEIN zu Zwentendorf ist heute genauso wichtig wie damals, denn die Atomindustrie ...

- beutet schon beim Uranabbau Land und Leute aus
- hat nach wie vor für Atommüll keine Lösung anzubieten
- geht über Leichen: erhöhte Krebsraten rund um AKWs werden in Kauf genommen
- toleriert bewusst die Gefahren weiterer schwerer Atomunfälle – jederzeit!
- kann sich nur durch höchste Förderungen über Wasser halten
- bietet mit AKWs keinen Ausweg aus der Klimakatastrophe
- zieht Profit sowohl aus der zivilen wie aus der militärischen Atomnutzung

... daher

- Zwentendorf endlich abwracken
- Seibersdorfer IAEA-Laboratorien schließen
- Raus aus EURATOM und der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA)
- Stopp für die grenznahen AKW rund um Österreich
- Das NEIN zur Atomenergie muss bleiben – 80% der ÖsterreicherInnen sind gegen die Nutzung der Kernenergie.

AntiatomSzene - das Zukunftsnetzwerk gegen Atomenergie * Arbeitskreis gegen Atommüll Waldviertel * ARGE Ja zur Umwelt, Nein zur Atomenergie * ARGE Umweltschutz Almtal, OÖ * Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit * BIGA - Bürgerinitiativen gegen Atommüll – Solidarität der Atommüll-Standorte Österreichs * GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg * Initiative Heimat und Umwelt * Hubsi Kramar, Schauspieler * Univ.-Doz. Dr. Bernd Löttsch, Gen.-Dir. Naturhistorischen Museum Wien * Naturschutzbund Österreich * Naturschutzbund NÖ * Österreichisches Solidaritätskomitee * Österreichische Lehrer/innenInitiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie (ÖLI/UG) * Permakultur Austria * PLAGE - Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren Salzburg * Plattform Footprint * Univ.-Doz. Dr. Peter Weihs, Uni BOKU Wien * Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft * Kurt Winterstein, Sänger * Zentralbetriebsratsvorsitzende Fa. Dussmann Susanne Deimel, Gewerkschaft Vida, Bundesvorstandsmitglied, Kammerrat AK NÖ, Ausschuss: Umwelt und Infrastruktur ... u.a



Wir wollen nicht mehr zahlen ...

... für AKW-Ausbau und Aufrüstung (Eurofighter, EU-Armee, Tschad-Einsatz, Ausbau des Überwachungsstaates usw.) werden Milliarden Euro verpulvert, für die Menschen hingegen heißt es dann: „Kein Geld da“ und es gibt ungeheure Preis- und Tarifsteigerungen verbunden mit immer mehr Sozial- und Demokratieabbau. Die AKW- und die Rüstungsindustrie wird aus unseren Steuergeldern höchst subventioniert.

Österreich zahlt jährlich allein 40 Millionen Euro für die EU-Atomlobby, für EURATOM, finanziert als EU-Mitglied über die EU-Bank EBRD den Ausbau von AKW in Osteuropa und beherbergt nach wie vor die IAEA, die internationale Atomenergieagentur in Wien und Seibersdorf. Das alles, obwohl die Österreicher und Österreicherinnen schon 1978 bei einer Volksabstimmung NEIN zum AKW Zwentendorf – NEIN zur Atomenergie gesagt haben. Das heißt, die Herrschenden missachten den demokratischen Volkswillen seit 30 Jahren!

Das **NEIN zu Zwentendorf** ist ein Symbol für echte Demokratie! Man kann etwas gegen die „die da oben“ ausrichten, wenn man sich gemeinsam und selbständig von unten zur Wehr setzt!

Das **NEIN zu Zwentendorf** ist den Herrschenden bis heute ein Dorn im Auge und sie wollen die Atomenergie in der EU wiederbeleben. Obwohl die Mehrheit der Menschen in Österreich NEIN zur Atomenergie gesagt hat und heute 80% gegen die Atomenergie sind. Was gilt? Die Entscheidung der Österreicher und Österreicherinnen oder der Wille einiger weniger Industriekonzerne? Demokratie oder Demokatur? Mit dem EU-Vertrag werden wir noch mehr entmündigt.

Das **NEIN zu Zwentendorf** kam unter anderem zustande, weil die Atommüllfrage völlig ungeklärt war – bis heute weiß niemand wohin mit dem Atommüll. Das Atomgeschäft ist ein Geschäft ohne Gewissen. Hauptsache der Profit stimmt. (Mit EURATOM werden wir noch mehr der EU-Atom- und Rüstungslobby ausgeliefert).

Das **NEIN zu Zwentendorf** ist mehr als richtig! Die Angst vor verheerenden Atomunfällen ist völlig gerechtfertigt: Sellafield (Großbritannien 1956), Harrisburg (USA 1979) Tschernobyl (1986) oder die Fast-Super-GAUs in Japan, Schweden oder zuletzt in Spanien – von denen kaum mehr berichtet wird – beweisen dies erschreckend! Alle AKW sind tickende Zeitbomben! AKW kann man nicht „sicher“ machen. Rund um AKW führt schon der „Normalbetrieb“ zu erhöhten Krebserkrankungen.

Wir sollen zahlen für AKW-Ausbau, Aufrüstung und Krieg

Das **NEIN zu Zwentendorf** ist mehr als richtig! AKW und Atombomben sind „siamesische Zwillinge“, das heißt, untrennbar miteinander verbunden. Es gibt keine „friedliche“ Nutzung der Atomenergie: In AKW wird Plutonium für Atombomben erzeugt. AKW sind tickende Atombomben! Es sind die gleichen Konzerne, die an Aufrüstung und Krieg und an AKW verdienen!

Das **NEIN zu Zwentendorf** bleibt ein wichtiger Beitrag gegen die Versuche, AKW wieder zu beleben und im Namen des Umwelt- und Klimaschutzes uns neuerlich AKW einreden zu wollen. Atomkraft strahlt radioaktiv, hinterlässt Berge von gefährlichem Atommüll und ist keineswegs CO₂-frei!

Das **NEIN zu Zwentendorf, die Ablehnung der Atomenergie** ist nicht die Ursache der angeblichen Energiemangel. Die Ursache ist die nur auf Profitmache ausgerichtete Über- und Wegwerfproduktion, die die Kluft zwischen Arm und Reich zunehmend vergrößert und letztlich Erschreckendes zur Folge hat, wenn wir uns nicht wehren: noch mehr Unterdrückung, Aufrüstung und Krieg.

WIR WOLLEN, KÖNNEN und WERDEN UNSER NEIN ZUR ATOMENERGIE bewahren, wenn wir uns selbständig und gemeinsam von unten wehren, denn keiner Partei kann man trauen!

RAUS aus EURATOM und IAEA! JA zu NEUTRALITÄT und echter FRIEDENSSICHERUNG!

NEIN zu TEUERUNG, SOZIAL- und DEMOKRATIEABBAU, AUFRÜSTUNG UND KRIEGSVORBEREITUNG!

*GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Stiftgasse 8, 1070 Wien
Kontakt und Bestellungen des Flugblattes: E-Mail: ggae@gmx.at*

www.atomgegner.at



IM WINDSCHATTEN VON WAHLEN UND BANKENKRISE AUSVERKAUF DER AUA

Nach dem Privatisierungswahn von Schwarz-Blau-Organen zwischen 2000 und 2006 gab es bis August 2008 keinen neuen Privatisierungsauftrag. Schaut man sich die Kritik des Rechnungshofes (RH) für die besagten Jahre an, dann vollkommen zu Recht.

So kritisierte der RH bei den Börsengängen zwischen 2001 und 2006 etwa beim Verkauf der VA Tech an die Siemens AG Österreich, dass schon frühzeitig absehbar war, dass die Einheit des Unternehmens nach Übernahme und Integration in den Siemens-Konzern nicht gewahrt bleiben und sich auch das Ziel der Erhaltung der österreichischen Arbeitsplätze als nicht haltbar erweisen werde. (1)



In Bezug auf die AUA kritisierten die RH-Prüfer u.a.: Für vier Vorstandsmitglieder gab es ein Bonifikationsystem, das sich überwiegend an zu steigende Umsatz- und produktionsabhängige Komponenten orientierte. Dies führte zur Verfolgung einer Wachstumsstrategie trotz schlechter Ertragslage. Ein weiterer Kritikpunkt des RH, die fehlenden Absicherungsgeschäfte der Treibstoffpreise: „Damit gelang es der AUA nicht, die hohen Treibstoffkosten, die laut eigenen Angaben mitverantwortlich am Defizit waren, zu verringern.“ (2)

Unter dem Eindruck der RH-Kritik sprach sich Anfang Mai 2008 ÖVP-Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer – und in dieser Funktion auch Eigentümervertreter der ÖIAG – dafür aus, die AUA als rot-weiß-rotes Unternehmen zu erhalten. Auch SPÖ-Finanz-Staatssekretär Christoph Mazonetter unterstrich, dass im Regierungsprogramm keine weiteren Privatisierungen mehr vorgesehen seien. (3)

Trotzdem kamen Anfang August 2008 SPÖ und ÖVP überein, die AUA voll zu privatisieren – bei Bei-

behaltung einer österreichischen Sperrminorität von 25% und einer Aktie.

Parallel zu diesem Schwenk auf Regierungsebene verliefen zuvor die Ereignisse bei AUA und ÖIAG. Noch im April verkündete AUA-Vorstandschef Alfred Ötsch, dass die AUA gut aufgestellt sei, mit einer Kapitalaufstockung eigenständig („stand alone“-Variante) ohne fremden Partner bestehen können. Im Juni und Juli war dann auf einmal alles anders. AUA-Boss Ötsch und ÖIAG- und AUA-Aufsichtsratschef Peter Michaelis malten die Pleite an die Wand und verlangten nach einem Privatisierungsauftrag zur Suche nach einem „strategischen Partner“. Diesen Auftrag erhielten

sie nach entsprechendem Lobbying im August. Mittlerweile wurden Lufthansa, Air-France/KLM und die russische S 7 in die engste Wahl gezogen. Bis 21. Ok-

tober soll seitens der ÖIAG eine Entscheidung fallen. Der Privatisierungsauftrag ist de facto mit 28. Oktober begrenzt, weil er mit der Neubildung des Nationalrates nach der Wahl erlischt.

Die ÖIAG-Herren haben es eilig. So beschlossen sie im ÖIAG-Aufsichtsrat noch ohne Regierungsauftrag gegen die Stimmen der Belegschaftsvertreter eine bis zu 100%-ige Privatisierung der AUA. Leopold Abraham, Sprecher der ÖIAG-Betriebsräte (ARGE ÖIAG): „Jahrelang hat man untätig zugeesehen, wie die AUA immer stärker ins Trudeln geraten ist. Jetzt hat man es plötzlich eilig. Mit einem unüberlegten Ho-Ruck-Notverkauf lässt man die Beschäftigten für die Managementversäumnisse büßen. Unüberlegtes und vorschnelles Handeln gefährdet nicht nur die AUA und deren Beschäftigte, sondern den ganzen Wirtschaftsstandort.“ (4)

Unbeantwortete Fragen stehen im Raum, Ungereimtheiten treten zu Tage: So fragt sich nicht nur Leopold Abraham, wer die „österreichische Sperrminorität“ wozu halten wird, denn die ÖIAG verkauft ja ihre Anteile, womit die

Republik Österreich jegliche Kontrolle abgibt. Was ist aus der 2006 beschlossenen Kapitalerhöhung in Höhe von 350 Millionen Euro geworden, die man für Wachstumsstrategien, z.B. für „den dynamischen Ausbau der führenden Marktposition in Osteuropa“ verwenden wollte? (5) Warum wurde seit 2006 von der ÖIAG ein Gutachten unter Verschluss gehalten, das im Falle einer Partnersuche zwischen Lufthansa, British Airways und Air France/KLM für die letztere eine Präferenz erkennen ließ. (6) Möglicherweise ist der Umstand gerade darin zu suchen, dass damals eben nicht Lufthansa als Partner auserkoren wurde. Soll das dieses Mal anders laufen?

Tatsache ist, dass die Lufthansa sofort ihr Interesse an der AUA bekundete – mit oder ohne Sperrminorität. (7) Die deutsche „Wirtschaftswoche“ berichtet sogar, dass die Lufthansa wegen ihrer Probleme im Russlandgeschäft auf die AUA angewiesen sei. (8) Zudem sind viele Manager in den Vorstands- und Aufsichtsratsgremien der ÖIAG und der AUA „deutschlastig“, d.h. sie kommen direkt von der Lufthansa oder von großen deutschen Banken und Konzernen, die mit Lufthansa verbunden sind. „Die Presse“ listet sogar zahlreiche „Seilschaften“ auf. (9) Tatsache dürfte auch sein, dass „eine Übernahme der AUA durch die Lufthansa größten negativen Einfluss auf den Flughafen Wien hätte“, so der Analyst Bernd Maurer von der Raiffeisen Centrobank. Er begründet dies mit der Nähe des neben Frankfurt zweiten Lufthansa-Hauptflughafens München und damit, dass sich das Streckennetz der beiden Fluglinien in der Kurz- und Mittelstrecke, v.a. in Osteuropa, weitgehend überschneidet. Deshalb werde die Lufthansa das Netz der AUA innerhalb Europas ausdünnen. (10)

Auch GPA-DJP- und vda-Vorsitzende Wolfgang Katzian und Rudolf Kaske kritisieren vehement einen Vollverkauf ausgerechnet an die Lufthansa: „Das würde die Bedeutung des Luftfahrt-drehkreuzes Wien, massiv in Frage stellen.“ Zudem hätten „die

Beschäftigten von ehemals verstaatlichten Unternehmen in den vergangenen Jahren mit Vollprivatisierungen keine guten Erfahrungen gemacht.“ Deshalb auch verlangt der stv. Vida-Vorsitzende Wilhelm Haberzettl, dass im Zuge der Verkaufs- und Beteiligungsmaßnahmen eine strategischen Mitarbeiterbeteiligung wie sie etwa schon bei voestalpine oder Flughafen Wien besteht, ernsthaft angegangen wird.(11)

Aus der Sicht von Alfred Jung-hans, AUA- Betriebsratsvorsitzen-der der kaufmännischen und technischen Angestellten, gibt es eine höchst eigennützige interne und externe Lobby, die die Luftfahrtkrise zu ihrem Vorteil nützen und sich die AUA billigst bis gratis einverleiben will. Die Lufthansa? Junghans: „Ich kann nur soviel sagen: sieht man, wie die Übernahme der Swiss durch die Lufthansa gelaufen ist, dann zeigt sich, dass z.B. der Flughafen Zürich stagniert, München aber wächst“. Warum ist nicht schon viel früher etwas geschehen, fragt der AUA-Betriebsrat: „Da hat man ein Drittel der Kapitalerhöhung von 2006 allein dazu verwendet um Piloten und Verwaltungspersonal abzubauen. Keine Zukunftsstrategie.“ Weiters kritisiert er, dass der frühere AUA-Finanzchef die Absicherung für die Treibstoffpreise heruntergefahren habe und die AUA die einzige Fluglinie ohne einer solchen Absicherung sei. Die Folge: Die horrenden Kerosinpreise erzeugen den Verlust.(12)

Erfolgt dies alles mutwillig? Fast könnte man den Eindruck gewinnen. Um den Druck auf die Privatisierung noch zu erhöhen, liebt Vizekanzler Molterer am 12. August gleich mit dem Privatisierungsauftrag wissen: „Es wird kein Geld vom Staat für die AUA geben.“ (14)

Der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister bezeichnet die Vorgänge rund um die AUA als „durchgeplante Notschlachtung“ und analysiert: „In Zeiten eines seit Jahren steigenden Ölpreises nur 20% der Treibstoffkosten abzusichern, also zu 80% auf

einen Rückgang des Ölpreises zu spekulieren, ist unentschuldigbar ... Hätte das Management zu 100% abgesichert, hätte es keine gravierende Verluste gegeben ... Wenn das Management von AUA und ÖIAG nun die Verluste der AUA zum Hauptargument für raschen Verkauf erhebt, so ist 'Chuzpe' dafür ein Ausdruck nobler Zurückhaltung.“ (14)

Auch AK Direktor Werner Muhm sieht keinen Grund für einen überhasteten Abverkauf, „ermöglichen die wirtschaftlichen Gesamtzahlen der AUA wie Eigenmittelquote und Liquiditätssituation eine geordnete Partnersuche. Die Eigenmittelquote beträgt derzeit 26,3 Prozent, und die fiktive Verschuldensdauer liegt bei 13,5 Jahren – beides liegt deutlich außerhalb des Rahmens, welchen das Gesellschaftsrecht als Sanierungsbedarf definiert hat.“ (15)

Statt in der Verkaufsphase geschlossen aufzutreten, will das



AUA-Management sogar noch Verschlechterungen bei der Belegschaft im Zuge der KV-Verhandlungen durchdrücken. Dagegen protestierten am 24. September 1.000 AUA-Beschäftigte mit Unterstützung der Gewerkschaft und forderten: „Wir zahlen nicht die Zeche für die Lufthansa!“

Manche befürchten, dass im Windschatten der Regierungsbildung der ÖIAG-Boss mit Schützenhilfe des scheidenden Finanzminister Molterer den Verkauf der AUA an die Lufthansa durchdrücken will.(16) Ende Oktober 2008 endet ja der AUA-Verkaufsauftrag. Dann werden wir klüger oder um eine eigenständige österreichische Fluglinie ärmer sein. Wird dann der Rechnungshof (RH) – wieder im Nachhinein

– feststellen, wie „stümperhaft“ der Verkauf abgewickelt wurde? Für AUA und Beschäftigte wird es dann zu spät sein.

Wilfried Leisch

(aus: Arbeit & Wirtschaft, 10/2008)

AUA-FAKTEN

Die 1957 gegründete AUA (2007: 1,2 Mrd. Euro Umsatz, 48,7 Mio. Euro Verlust, 8.035 Beschäftigte, 99 Flugzeuge, 10,8 Mio. Passagiere, 130 Destinationen) war ursprünglich voll im Staatsbesitz. 1988 erfolgte unter der SPÖ-ÖVP-Regierung ein erster Börsengang mit 25 Prozent, in der Folge stieg der Streubesitz – heute liegt er bei 46,45 Prozent. Der ÖIAG-Anteil beträgt nur mehr 42,75 Prozent, mit einem Konsortium aus Banken und Versicherungen kommt die ÖIAG auf 50 Prozent. Die AUA selbst hält 3,55%. Vom Flugverkehr der AUA hängen direkt und indirekt bis zu 65.000 Arbeitsplätze ab.

Anmerkungen

- (1) Parlamentskorrespondenz/02/24.04.2008/Nr. 367 Ausschusssitzungen des NR, Rechnungshofausschuss/ÖIAG, www.parlament.gv.at
- (2) AUA-Rechnungshofbericht 2007, Kurzfassung www.rechnungshof.gv.at
- (3) Parlamentskorrespondenz 08.05.2008/Nr. 410 www.parlament.gv.at
- (4) Interview mit Leopold Abraham, 19.8.08
- (5) Kronen Zeitung, 26.9.08
- (6) Die Presse, 5.8.08
- (7) Kurier, 8.8.08
- (8) Standard, 3.9.08
- (9) siehe ÖIAG-Geschäftsberichte www.oilag.at; Presse, 20.9.08
- (10) Die Presse, 14.8.08
- (11) GPA-DJP/vida, 5.8.08; 22.9.08
- (12) Interview mit Alfred Junghans, 8.9.08
- (13) Die Presse 13.8.08
- (14) Die Presse, 6.8.08
- (15) Presseausendung AK 216/2008
- (16) Die Presse, 1.10.08

Gesundheitsreform - Unterschriftenliste

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken Euch für die Unterstützung und Verbreitung. Derzeit ist Windstille, doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Mehr in der nächsten Ausgabe.

Mehr zum Thema Gesundheit und Sozialversicherung unter:

proSV - Plattform: Keine Zerschlagung der Sozialversicherung:

Homepage: <http://prosv.akis.at> E-Mail: proSV@akis.at



WAS IST NÖTIG?

Wollte man jetzt wirklich etwas gegen diese Krise tun, dann müssten die Banken echt verstaatlicht und im Interesse der arbeitenden Menschen geführt und Spekulationsgeschäfte völlig verboten werden, d.h. so ein Wirtschaften für die Bedürfnisse der Menschen zu ermöglichen. Das würde die ganzen „Börsianer“ und Spekulanten überflüssig und eine absolute Minderheit statt einer absoluten Mehrheit arm machen. Doch das wollen die Politiker, weder bei uns noch im Ausland. Selbst Attac will das nicht, sondern bloß über eine Steuer das Kapital „bändigen“. Doch dieses bloße „Bändigen“ hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert und das Kapital so stark gemacht, dass es letztlich die Abschaffung aller Regeln und Kontrollen erreichte. So gehorchen letztlich alle real oder ideologisch dem Befehl der Industrie und des Finanzkapitals die sagen, der Staat soll helfen, aber sich nicht einmischen. Bestenfalls Regeln und Kontrollen (wie von den USA und der EU angekündigt), die nur dazu dienen sollen, das stockende Profitmachen wieder in Gang zu bringen, dann soll sich der Staat wieder vertschüßen.

Ganz klar wird dadurch sichtbar, dass sich wirkliche Demokratie und kapitalistische Wirtschaft nicht vertragen. Wer das den Menschen vorgaukelt, wie dies alle Parteien tun, egal welcher Parteifarbe, egal ob in Opposition oder in der Regierung, ist weder christlich, noch sozial, noch volksparteilich, weder heimatliebend noch österreichorientiert, weder arbeiterfreundlich noch solidarisch, ökologisch oder gar demokratisch. Auch oder erst recht nach den Wahlen gilt, was wir schon in unserer letzten Ausgabe resümierten:

Die einzige Chance für uns arbeitende Menschen besteht darin, dass wir uns selbständig und gemeinsam zusammenschließen und aktiv werden. Zum Beispiel in der Art, dass sich BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen, in AK und ÖGB ehrenamtlich Tätige an der Basis untereinander vernetzen und so unabhängig von ihren jeweiligen „Führern“ einen Gegenruck aufbauen, der die Menschen unten versammelt, sie zur aktiven Teilnahme ermutigt und so zu einem öffentlichen Ausdruck für die Anliegen und Interessen der arbeitende Menschen wird, der gleichzeitig die etablierten Institutionen wie AK oder ÖGB zwingt im Interesse ihrer Mitglieder zu handeln.

Andernfalls werden wieder „neue Führer“ a la Strache & Co mit „sozial“ angehauchten Parolen die Ohnmacht der Menschen ausnutzen, ihre berechtigten Wünsche und Forderungen in Worten aufgreifen, vorgeben für die Menschen einzutreten, in der Tat aber waschechte rechte Politik machen, d. h. eine Politik, die letztendlich nur der Unternehmerseite und für den eigenen Postenerhalt dient, wie es ja schon die Haider-Partei vorexerziert hat und es auch das jetzige BZÖ und die FPÖ vorhaben.

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätsreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

96/08

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

LESERBRIEF!



Liebe "Freunde"! (Genossen gibts keine mehr?)

Seid ihr denn von allen guten Geistern verlassen? Seit Monaten kämpfen Linke wie ich gegen dieses EU "Reform" Machwerk, wir haben gemeinsam mit vielen anderen (echten) Freunden die Plattform Volxabstimmung initiiert, eine Demo in Wien mit über 5.000 Teilnehmern organisiert und wir sind in dieser Zeit von vielen Sozialdemokraten (in div. Gremien) dafür geprügelt worden, nur weil wir ein Mindestmaß an demokratischer Mitentscheidung durch das Volk gefordert haben.

Jetzt taucht ihr aufeinmal auf (zugegebenermaßen mit Ausnahme von Erich Haider, der ein Referendum schon früher eingefordert hat) hängt euch dieses Thema an euer Fahnderl. Peinlicher gehts ja nimmer! Entweder ich bin dafür oder ich bin gegen ein Referndum, aber jetzt auf einmal, nachdem in Irland trotz massiver Intervention von außen die Menschen ihre Meinung kundgetan haben und laut der jüngsten Umfrage nur mehr ein kleiner Bruchteil der ÖsterreicherInnen (zu Recht) Vertrauen in diese EU hat, jetzt springt ihr auf und versucht euch in einer beispiellos niederträchtigen Manier diesem Thema anzunehmen. War das nun ein Kniefall vor der FPÖ? Oder vor der Kronen Zeitung?

Wie wär's mal mit einer substantiellen Kritik an der EU? Ihr habt von Anfang an (Ederer, Vranitzky, Swoboda,...) den Menschen betreffend der Perspektive EU Sand in die Augen gestreut, habt ihnen eingeredet die einfachen Menschen werden mehr Geld zum Leben in der Tasche haben, es wird mehr Geld für Sozialpolitik geben, die EU sei ein Friedensprojekt und die Neutralität wird unter einer fortschreitenden EU-Integration nicht leiden. Aber genau diese Punkte stehen diametral der EU-Politik und ihrer Verfasstheit gegenüber. Dieser Vertrag von Lissabon sollte nur mehr den juristischen Überbau der schon längst betriebenen Politik einzementieren.

Daher kann doch bitte nicht die Forderung nach einer Volksabstimmung (einer nationalen oder EU-weiten?) bei künftigen Verträgen die Position sein, sondern muss konsequenter Weise auch der Vertrag von Lissabon einem solchen Referendum unterzogen werden und letztendlich die EU als Projekt des transnationalen europäischen Monopolkapitals in Frage gestellt werden.

Aber das wäre ja dann bereits eine Kritik am zur Zeit herrschenden imperialistischen Hegemon und somit eine substantielle Ablehnung der kapitalistischen Verhältnisse. Und mit denen hat sich die Sozialdemokratie ja leider Gottes schon lange abgefunden ... Wie auch immer - diese Aktion wirkt eher wie das Zucken eines Halbtoten (SPÖ), als eine konsequente Haltung in einer hochbrisanten politischen Frage.

Freundschaft (darf man das noch sagen?)

David Stockinger
stv. Landesvorsitzender SJNÖ
Bezirksvors. SJ Schwechat (Juni 2008)

P.S.K.

00079348267
W. Leisch 60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch 60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
SPENDE
ABO
E-Mail Adresse

004

004

00079348267+ 000600000>

40+